



WIRTSCHAFTSPOLITIK Ehemaliger Finanzminister ist gegen Vermögenssteuern

Die Hoffnungen des Hannes Androsch

Der frühere Finanzminister Hannes Androsch findet im Klub der Wirtschaftspublizisten unter anderem: Die Einlagensicherung sollte unbegrenzt verlängert werden.

Ab 1. Jänner 2010 soll die nun geltende Einlagensicherung nur mehr bis zu 100.000 € gelten; Hannes Androsch pocht darauf, die Einlagensicherung sollte zwecks Vertrauensbildung unbegrenzt verlängert werden. Zur Erinnerung: Mit der Einlagensicherung war die österreichische der deutschen Regierung im Herbst gefolgt, um mögliche Geldabflüsse nach Deutschland zu verhindern. Finanzminister Josef Pröll hat schon vor Wochen abgewunken, er will von einer unbegrenzten Einlagensicherung nichts wissen.

Auch in einem anderen Punkt sind sich der ehemalige und jetzige Finanzminister uneins: Androsch ist sich „nicht sicher“, dass die bisher vorgesehenen 15 Milliarden € aus der Staathilfe für die Banken ausreichen werden. Pröll ging bis zuletzt sehr wohl davon aus.

Das Prinzip Hoffnung hat Androsch jedenfalls derzeit



Der Industrielle **Hannes Androsch** rechnet damit, dass die Banken wohl noch Staatsgeld brauchen werden

gleich in mehreren Bereichen vor Augen: einerseits was die Regierung und ihren Fortbestand, andererseits, was ein drittes Konjunktur- bzw. Forschungs- und Bildungspaket anbelangt. Rund 2,3 Milliarden € sollten laut Androsch fließen. Einsparpotenzial in anderen Bereichen sieht er zur Genüge. 20 Milliarden € könnte man mit verschiedenen Reformen einsparen, so beim Verwaltungspersonal

der Länder und den Frühpensionierungen, aber auch bei Krankengeldern, die häufig „Krankenfeiergelder“ seien.

Keine Vermögenssteuer

Androsch wandte sich auch gegen Vermögenssteuern, das würde zu 80 Prozent die Industrie treffen. Dabei sei schon jetzt vorhersehbar, dass die Einnahmen aus den Körperschaftsteuern 2010 und 2011 deutlich sinken werden.

Dass es auch bei seinen eigenen Unternehmensbeteiligungen derzeit nicht blendend geht, räumte Androsch ein, verwehrt sich aber gegen den Eindruck, mit seiner Ankündigung wenige Tage vor der EU-Wahl, bei AT&S müssten 300 Leute gehen, den Wahlkampf auf Kosten der SPÖ negativ beeinflusst zu haben.

ESTHER MITTERSTIELER
esther.mitterstieler@wirtschaftsblatt.at